

Der Kapitalmarkt

Informationsservice für politische Entscheider

Titelstory

2

Parteien stehen Rede und Antwort

Das Aktienforum hat alle kapitalmarktrelevanten Fragen zusammengetragen und die Antworten der Spitzenkandidaten eingeholt. Ihre finanzpolitische Wahlhilfe.

Umfrage

6

Steuer-Luftschlösser

Manche Partei zieht mit der Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern in den Wahlkampf. Doch der vermeintliche Wahlschlager erweist sich laut einer neuen Umfrage als Rohrkrepieler.

Interview

7

„Raus aus dem ideologischen Eck!“

Die neue Präsidentin des Aktienforums, Angelika Sommer-Hemetsberger, über das Potenzial des heimischen Kapitalmarkts und was sie sich von einer neuen Regierung erwartet.

IMPRESSUM/ÜBER UNS

7



September
2024

WAHL
EXTRA

WAHL-EXTRA



© ÖVP

Karl Nehammer
ÖVP

© SPÖ

Andreas Babler
SPÖ

© FPÖ

Herbert Kickl
FPÖ

© Parlamentsdirektion/Wilke

Werner Kogler
Grüne

© NEOS

Beate Meinel-Reisinger / NEOS

01 Sollten Sie nach der Wahl Kompetenzen für Finanz- und Kapitalmarktthemen erhalten. Welche Maßnahme würden Sie jedenfalls umsetzen?

ÖVP Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung, insbesondere durch steuerliche Anreize und die Einführung einer Behaltefrist bei Wertpapieren. Wir planen die Anhebung des Veranlagungsfreibetrags und die Senkung der Versicherungssteuer für Pensionskassenbeiträge.

SPÖ Die EU-Initiative zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer nach dem Modell der EU-Kommission soll wiederbelebt werden. Durch ein sogenanntes Österreich-Sparbuch sollen Banken den Bürger:innen ein reguliertes Sparprodukt bis zu einer limitierten Einlagenhöhe (z. B. 20.000 Euro) und einem regulierten Zinssatz kostenlos zur Verfügung stellen.

FPÖ (Antwort zu Frage 01-04): Steigender Erwerb von Wertpapieren durch Privatpersonen, um Vermögen aufzubauen oder vorzusorgen, ist begrüßenswert. Bei der so wic-

Grüne Wir wollen einen sicheren und nachhaltigen Finanzmarkt. Dazu braucht es Kreditvergaberegeln für Gewerbeimmobilien, um ein weiteres SIGNA-Desaster zu verhindern, begrenzte Provisionen bei Anlageprodukten und die verpflichtende Weitergabe von EZB-Zinsen.

NEOS Es braucht eine stärkere Rolle des Kapitalmarkts bei der öffentlichen und privaten Altersvorsorge. Die 2. und 3. Säule sind zentral, auch die 1. Säule sollte nach internationalen Vorbildern einer Aktienpension reformiert werden. Wir sind für die Wiedereinführung der Behaltefrist bei der KEST auf Kursgewinne, weil das langfristige Investieren attraktiver macht und die Aktienkultur fördert. Bei Bankkonditionen sind mehr Transparenz und Wettbewerb nötig, um Kosten zu senken. Eine Branchenuntersuchung der BWB würde wertvolle Erkenntnisse liefern. Um Bürger:innen Chancen und Risiken von Finanzprodukten näherzubringen, wollen wir umfassende Finanzbildungsprogramme. Das soll bereits in Schulen beginnen und durch lebenslange Lernangebote ergänzt werden.

tigen privaten und betrieblichen Altersvorsorge muss die Politik bessere Rahmenbedingungen schaffen. Diese (steuerlichen) Maßnahmen braucht es: (Fortsetzung nächste Seite) ►



02 Umfragen zeigen, dass es im Zuge der Pandemie zu einem sprunghaften Anstieg jener Menschen in Österreich gekommen ist, die Wertpapiere besitzen – mittlerweile ist das jede/r Vierte. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

ÖVP Wir begrüßen diese Entwicklung, da sie zeigt, dass immer mehr Menschen in Österreich Vermögensbildung über den Kapitalmarkt betreiben. Dies sehen wir als positiv, weil es dazu beiträgt, den Lebensstandard zu sichern und langfristig Wohlstand aufzubauen.

SPÖ Es ist eine individuelle Entscheidung jeder/s Einzelnen, wie das eigene Geld investiert wird. Auf Grund der schlechten Politik der Bundesregierung haben immer weniger Menschen Geld für Veranlagungen zur Verfügung.

Grüne Wir sehen diese Entwicklung positiv. Für viele ist das Investment in Aktien oder Fonds mit kleinen Beträgen ein Experimentieren. Es braucht aber auch Finanzbildungsmaßnahmen, damit daraus ein verantwortungsvolles und langfristiges Investieren wird.

NEOS Die Entwicklung ist erfreulich und Folge der Inflation, die traditionelle Sparformen unter Druck setzte. Durch Investitionen in Wertpapiere kann Vermögen breiter gestreut und können die zum Teil sehr guten Renditechancen für Vermögensaufbau und Altersvorsorge genutzt werden. Wertpapiere, insbesondere Aktien, sind eine Möglichkeit, das Vermögen gegen Kaufkraftverlust zu schützen. Mehr verfügbares privates Kapital stärkt zudem den Wirtschaftsstandort. Unternehmen brauchen einen nachhaltig guten Zugang zu Kapitalmärkten. Das bringt Wachstum und Innovation und schafft Arbeitsplätze.

WAHL-EXTRA



03 Sollte es steuerliche Anreize geben, um ein politisches Signal zu setzen? Sind Sie etwa für eine Wiedereinführung einer Behaltefrist?

ÖVP Ja, wir unterstützen die Wiedereinführung einer Behaltefrist bei Wertpapieren. Dadurch werden steuerliche Anreize gesetzt, die langfristige Investitionen fördern und zur persönlichen Vorsorge beitragen.


SPÖ Einnahmen aus Kursgewinnen werden derzeit niedriger besteuert als Einkommen aus Arbeit, es gibt keinen Grund die Begünstigung auszuweiten. Die Besteuerung von Leistungseinkommen (= Arbeitseinkommen) muss gesenkt werden.

Private Altersvorsorge: KEST-Freistellung für Veräußerungsgewinne von Wertpapieren bei mehrjähriger Behaltedauer (z. B. 3 Jahre); Berücksichtigung von Nebenkosten beim Kauf/Verkauf im außerbetrieblichen Bereich; Einführung eines (1) sachenmäßig eingeschränkten Verlustvortrages im Rahmen der Einkünfte aus Kapitalvermögen und (2) eines gesperrten Vorsorgedepots (KESt-Freistellung für Veräußerungsgewinne und Gewinnausschüttungen); zumindest Valorisierung des Freibetrages für Zukunftssicherungsmaßnahmen.

Grüne Nein. Kapital und Vermögen werden in Österreich im Vergleich zum Arbeitseinkommen viel zu gering besteuert. Wir müssen dafür sorgen, dass vom hart verdienten Lohn mehr übrigbleibt und im Gegenzug dazu leistungslose Einkommen stärker besteuert werden.

NEOS NEOS fordern ein Chancenkonto zur Vorsorge für alle, in dem steuerfrei (bis max. 3.000 EUR/Jahr) am Kapitalmarkt veranlagt werden kann. Mit wieviel Risiko veranlagt wird, kann jeder: individuell und eigenverantwortlich entscheiden. Außerdem sind NEOS für die Wiedereinführung der Behaltefrist für längerfristige Veranlagungen. Damit soll vor allem die private Vorsorge über den Kapitalmarkt gefördert werden.

Senkung der Versicherungssteuer für Lebensversicherungen und Pensionskassen.

Betriebliche Altersvorsorge: Steuerliche Abzugsfähigkeit der Arbeitnehmer-Eigenbeiträge an die Pensionskasse; Angleichung der Grenze für die erstattungsfähigen Eigenbeiträge des Arbeitnehmers in der prämienbegünstigten Pensionsvorsorge an den Betrag der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge; Einführung eines General-Pensionskassenvertrages. 



04 Kann bzw. soll Ihrer Meinung nach der Kapitalmarkt im Bereich Altersvorsorge eine größere Rolle spielen (etwa auch durch staatliche Anreize)? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

ÖVP Ja, der Kapitalmarkt soll eine größere Rolle in der Altersvorsorge spielen. Wir befürworten staatliche Anreize, wie die Steuerbefreiung von Auszahlungen in der dritten Säule, um die persönliche Vorsorge zu stärken.

SPÖ Der Kapitalmarkt bietet unterschiedliche Sparformen, u.a. auch für die Altersvorsorge/Pensionen an. Gute Produkte werden sich am Markt durchsetzen. Eine höhere Flexibilität für die Anwartschafts- und Leistungsberechtigten – auch zwischen den Systemen (zum Beispiel: Mitarbeitervorsorgekassen) – sollte Teil einer Reform sein.

Grüne Aktien und Anleihen spielen bereits für Millionen Menschen eine Rolle: über betriebliche Vorsorge- und Pensionskassen, Lebensversicherungen und Fondssparen. Eine Ausweitung der bestehenden steuerlichen Privilegien wird von uns nicht unterstützt.

NEOS Ja. NEOS sind für eine Aktienpension und eine Stärkung der 2. und 3. Säule der Alterssicherung. Das derzeitige Umlagesystem steht unter enormem Druck, da immer weniger Beitragszahler:innen immer mehr Pensionen finanzieren müssen. Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann dazu beitragen, dieses Ungleichgewicht zu entschärfen und das Pensionssystem auch für heute junge Generationen nachhaltig zu gestalten. Länder wie Schweden haben gezeigt, dass kapitalgedeckte Pensionssysteme erfolgreich sein können. Kapitalmarktanlagen bieten zudem, vor allem langfristig, höhere Renditen als traditionelle Sparformen wie Sparbücher. Dies kann dazu beitragen, dass die Menschen im Alter über mehr finanzielle Mittel verfügen.

WAHL-EXTRA



05 Sind Sie für eine stärkere Einbindung der Finanzbildung in die aktuellen Schulfächer? – Wenn ja, wo sollte man konkret ansetzen? Wenn nein, warum nicht?

ÖVP Ja, wir halten eine stärkere Einbindung der Finanzbildung in die Schulen für notwendig. Besonders wichtig ist es, junge Menschen frühzeitig über den Vermögensaufbau und den Umgang mit Wertpapieren aufzuklären.

SPÖ Bildung ist der Schlüssel für ein selbstständiges Leben und die Schule der Ort dafür. Selbstverständlich gehört die Wirtschafts- und Finanzbildung dazu. Die Einschätzung des finanziellen Risikos von Investments, die Vermeidung spekulativen Verhaltens am Kapitalmarkt sowie die Kreditgebarung und die Finanzierung des alltäglichen Konsums sind in den Fächern Mathematik, Geografie und Wirtschaftskunde unterrichtbar.

FPÖ Eine Stärkung der Finanzbildung in den Schulen sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Hier sollten aber insbesondere (auch) Personen aus der Wirtschaft („Praxis“) als Lehrer bzw. Vortragende einbezogen werden. Je früher man in den Schulen mit Finanzbildung beginnt, desto besser. Im Übrigen ist festzuhalten, dass Schreiben, Lesen und vor allem Rechnen (4 Grundrechnungsarten) die Voraussetzung für eine gute Finanzbildung sind!

Grüne Ja, unbedingt. Mit den neuen Lehrplänen haben wir bereits viele unserer Vorstellungen umgesetzt: Integriert wurden lebensnahe Kompetenzen wie „verantwortungsvoller Umgang mit Geld“, „Verträge verstehen“ und „Einkommens- und Vermögensunterschiede“.

NEOS Ja, sowohl in Mathematik als auch in Geografie und Wirtschaftsbildung soll das Themenfeld Financial Literacy ausgebaut werden – ebenso wie in der Lehrkräfte-Fortbildung. Finanzbildung trägt dazu bei, auf ein selbstbestimmtes und gelingendes Leben vorzubereiten.



06 Können bzw. sollen Investitionen am Kapitalmarkt in ökologisch nachhaltige Unternehmen z. B. steuerlich bessergestellt sein, um „Green Investments“ zu fördern?

ÖVP Ja, wir unterstützen steuerliche Anreize, um Investitionen in ökologisch nachhaltige Unternehmen zu fördern. Dies ist ein wichtiger Schritt, um den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft voranzutreiben.

SPÖ Nein, der Weg des ökologischen Umbaus und in grüne Investitionen ist die Förderung des Umtausches in grüne Technologien und gezielte direkte Investitionen (Transformationsfonds) aus öffentlichen Mitteln. Durch das generierte Investitionsvolumen werden die ausführenden Unternehmen zielgerichteter begünstigt.

FPÖ In Zeiten von Wirtschaftskrise und hoher Inflation muss die gesamte Wirtschaft gestärkt werden. Eine Bevorzugung einzelner Branchen bzw. Wirtschaftszweige lehnen wir ebenso ab, wie eine staatliche Lenkung von Investitionen aus ideologischen Motiven.

Steuerrechtlich sollten alle Investments gleich – also „branchenneutral“ – behandelt werden. Es ist nicht alles „gut und profitabel“, was als „grün“ oder als „öko“ verkauft wird („Greenwashing“). Die FMA und der Konsumentenschutz sind hier entsprechend gefordert.

Grüne Nein, denn Kapitalerträge sind bereits jetzt geringer besteuert als Arbeitseinkommen. Wenn nachhaltige Investitionen steuerlich begünstigt wären, müssten zur Gegenfinanzierung nicht-nachhaltige Investitionen jedenfalls stärker verteuert werden.

NEOS Grundsätzlich können steuerliche Vorteile für Investitionen in ökologisch nachhaltige Unternehmen Kapital in Projekte lenken, die positive Umweltwirkungen haben. Dies kann dazu beitragen, die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu beschleunigen. Allerdings sind wir beim Einsatz von dieser Art von steuerlicher Anreizsetzung im Kapitalmarktbereich zurückhaltend. Effektiver ist es aus unserer Sicht, durch politische Maßnahmen wie z. B. einer Bepreisung von CO₂-Emissionen die wahren Kosten von umwelt- und klimaschädlicher Technologie einzupreisen. Kapitalmarktinvestitionen und Innovationen werden diesem Lenkungssignal folgen.

WAHL-EXTRA



07 Sollen Mitarbeiterbeteiligungsmodelle verstärkt gefördert werden – und welche Rolle könnte der Kapitalmarkt dabei spielen?

ÖVP Ja, der Kapitalmarkt kann dabei eine entscheidende Rolle spielen, indem er Anreize für mehr Risikokapital und Beteiligungsfreibeträge schafft, die sowohl den Unternehmen als auch den Mitarbeitern zugutekommen.

SPÖ Eine weitere Förderung von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen erscheint nicht notwendig, gleichzeitig muss im Interesse der Arbeitnehmer:innen darauf geachtet werden, dass zustehende Lohnerhöhungen nicht durch Beteiligungen am Unternehmen des Dienstgebers ersetzt werden.

FPÖ Bei Erfüllung einer entsprechenden Behaltdauer sollte für Mitarbeiterbeteiligungen – die auf einem gesperrten Depot verwahrt werden – eine komplette KEST-Freistellung von Gewinnausschüttungen erfolgen; bei Pensionsantritt sollte die Mitarbeiterbeteiligung KEST-frei veräußert werden können.

Grüne Durch die neue Start-Up-Mitarbeiterbeteiligung haben wir wichtige Impulse für die österreichische Start-Up-Szene gesetzt. Damit haben Unternehmen nun bereits vier unterschiedliche Modelle der Mitarbeiterbeteiligung, aus denen sie wählen können.

NEOS Ja. NEOS setzen sich dafür ein, dass Mitarbeiterbeteiligungsmodelle verstärkt gefördert werden. Das ist ein gutes Modell, insbesondere bei Start-Ups, um geeignete Mitarbeiter anzuziehen und zu halten. Hier ist in Österreich noch Luft nach oben. Es wurde zwar gerade ein neues Mitarbeiterbeteiligungsmodell eingeführt, viele unserer Nachbarländer haben jedoch geeignetere Modelle.



08 Ist der Kapitalmarkt aus Ihrer Sicht zu wenig, ausreichend oder zu stark reguliert?

ÖVP Wir setzen uns dafür ein, dass Barrieren abgebaut und Regelungen harmonisiert werden. Zusätzlich braucht es beste digitale Infrastruktur und die Schaffung der europäischen Kapitalmarktunion zur Finanzierung von Wachstums- und Innovationsprojekten.

SPÖ Jede Regulierung muss laufend und ergebnisoffen dahingehend evaluiert werden, ob sie zu wenig, ausreichend oder überschießend ist.

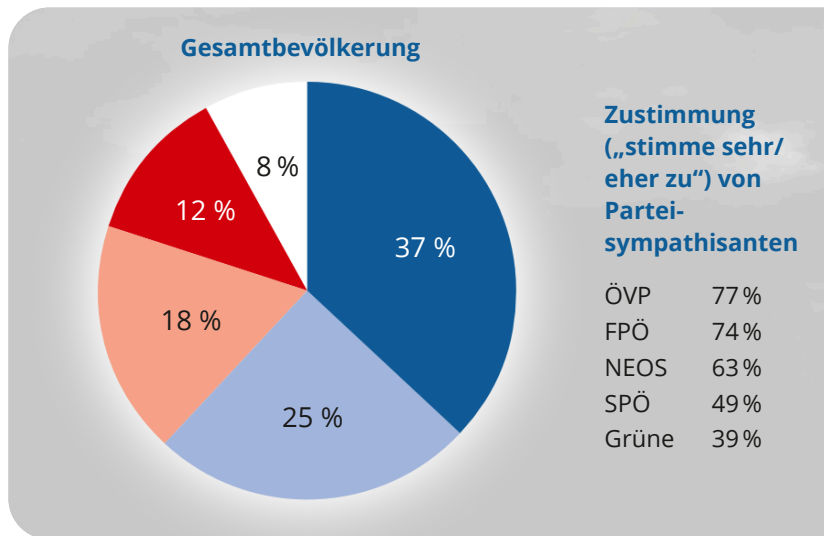
FPÖ Durch die Überregulierung auf EU-Ebene und dem nationalen Gold-Plating werden zigtausende Stellen in der (regulatorischen) Überwachung, in den beaufsichtigten Unternehmen und in der Beratung (Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung etc.) geschaffen, die letztendlich einen immensen und wachsenden „nichtproduktiven“ Kostenfaktor für die Wirtschaft darstellen.

Es braucht eine Entbürokratisierung, insbesondere im Finanzsektor! Daher ist eine Überprüfung der entsprechenden Bestimmungen auf EU-Ebene bzw. auf nationaler Ebene unabdingbar.

Grüne Wir Grüne wollen einen stabilen Kapitalmarkt mit einem starken Anleger:innenschutz. Um dies zu gewährleisten, bedarf es kontinuierlicher Verbesserungen, aktuell etwa im Bereich der Krypto-Werte.

NEOS Kapitalmarktregulierung soll Sicherheit und Zugang zu Kapitalmärkten sicherstellen. Bis zu einem gewissen Grad ist sie also notwendig und wünschenswert. Damit der Kapitalmarkt nicht unter Bürokratie begraben wird, sollte bei entsprechender EU-Regulierung die nationalstaatliche Regulierung wegfallen, bzw. Gold Plating vermieden werden. Hier ist Österreich säumig. Wichtige Bereiche (etwa die Mitarbeitervorsorgekassen, Zukunftsvorsorge) wurden massiv überreguliert - zulasten der Kunden. Die EU Kapitalmarktunion wird in den nächsten Jahren jedenfalls vertieft werden, österreichisches Gold Plating sollte dabei abgeschafft werden.

Umfrage



Eine Vermögenssteuer würde nicht nur Superreiche, sondern am Ende des Tages auch den Mittelstand treffen.



Steuer- Luftschlösser

Die Fantasie manch wahlwerbender Gruppierung, wonach mit neuen Vermögens- und Erbschaftssteuern das Budget gerettet und damit auch noch Beliebtheits-Contests zu gewinnen seien, erweist sich als Luftschloss. Medienübergreifend wurde zuletzt etwa die SPÖ-Rechnung, wonach solche Steuern zahllose Wahlzuckerln finanzieren könnten, zerlegt. Nun weist eine neue Umfrage (Stichprobe: 800 Befragte/Schwankungsbreite: +/- 3,5%), die Meinungsforscher Peter Hajek im Auftrag des Aktienforums und der Industriellenvereinigung durchführte, nach, dass auch die Bevölkerung diese neuen Steuern rundweg ablehnt.

Steuern fressen Wohlstand

So sehen laut der Umfrage 65 Prozent der Befragten die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch solche Steuern gefährdet, fast gleich viele (64%) sehen den heimischen Wohlstand bedroht. Neue Vermögens- und Erbschaftssteuern würden, so sagen es zudem 62 Prozent der Befragten, nicht nur „Superreiche“, sondern auch „den Mittelstand“ und heimische Familienbetriebe treffen. Willkürlichen Freigrenzen, die zur Besänftigung der Wählerschaft kommuniziert wurden, wird also kein Glauben geschenkt. Selbst die Hälfte der SPÖ-Wählerinnen und -Wähler ist der Meinung, dass der Mittelstand betroffen sein würde. Nicht umsonst wurden die damals bestehenden Vermögenssteuern ja auch 1993 von einem SPÖ-Finanzminister abgeschafft.

Konkret zu Erbschaftssteuern befragt, halten 68 Prozent der Befragten diese für eine Form von „Doppelbesteuerung“ und lehnen diese ab. Vermögenssteuern halten 74 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher für eine „Schnüffelsteuer“. Bei den befragten SPÖ-Wählerinnen und Wählern sind es noch immer 67 Prozent.

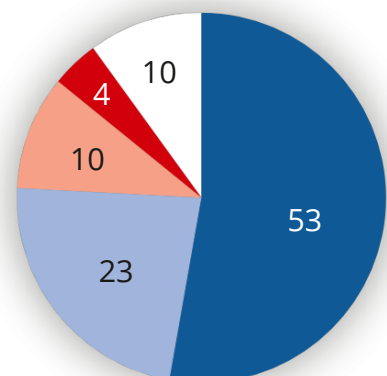
„Stimmen Sie der Aussage zu?“

- stimme sehr zu
- stimme eher zu
- stimme eher nicht zu
- stimme gar nicht zu
- weiß nicht / keine Angabe

Angaben in Prozent.
Quelle: © Peter Hajek

„Die Steuer- und Abgabenquote in Österreich lag 2022 bei 43,6%. Ziel muss sein, bis 2030 unter 40% Abgabenquote zu kommen.“

Gesamtbevölkerung



Zustimmung („stimme sehr/eher zu“) von Parteisympathisanten:

FPÖ	83 %
ÖVP	82 %
NEOS	79 %
SPÖ	74 %
Grüne	55 %

Quelle: © Peter Hajek

Interview

„Raus aus dem ideologischen Eck!“

Frau Sommer-Hemetsberger, Sie sind seit kurzem Präsidentin des Aktienforums. Ist das in einem Land, in dem der Kapitalmarkt traditionell als Gottseibeius gilt, nicht eher ein hoffnungsloses Unterfangen?

Ich bin davon überzeugt, dass wir viel Positives erreichen können. Der Anteil an Wertpapierbesitz ist seit der Pandemie bereits deutlich gestiegen, und es gibt noch enormes Potenzial. Die Notwendigkeit eines starken Kapitalmarktes ist evident – die Diskussion muss raus aus dem ideologischen Eck und faktenbasiert geführt werden.

Was macht Sie sicher, dass eine neue Regierung, die vielleicht sogar noch aus drei Parteien bestehen wird müssen, dieses Potenzial auch erkennt? Zuletzt war es ja gelungen, positive Impulse im türkis-grünen Regierungsprogramm zu verankern, aber umgesetzt wurde das nicht.

Es braucht Impulse – und das wird auch die Politik einsehen müssen. Es geht um pragmatische, zukunftsorientierte Ansätze. Man kann hier einiges an Akzenten setzen – etwa im Bereich der Altersvorsorge oder beim Thema Energiewende.

Welche ganz konkreten Initiativen erwarten Sie sich denn von einer neuen Bundesregierung? Was muss unbedingt im Regierungsprogramm stehen?

Lösungsansätze für die großen anstehenden Themen – von der Behalterfrist, über die bessere Aktivierung des Potenzials von institutionellen und privaten Investoren, bis zu steuerlichen Maßnahmen etc.

Finanzbildung ist auch ein Dauerbrenner in der Debatte um den Kapitalmarkt. Wie kriegen Sie's aus den Österreicherinnen und Österreichern raus, dass sie die Börse oft mit dem Casino verwechseln?

Dafür braucht es gemeinschaftliche Anstrengungen, und erfreulicherweise gibt es mittlerweile auch zahlreiche Initiativen. Es geht aber nicht nur um den Kapitalmarkt, sondern um ein wirtschaftliches Grundverständnis, wofür die Lehrpläne in allen Schulformen ganz zentral sind. Der Kapitalmarkt ist jedenfalls kein Elitentema – er kann im Gegenteil helfen, bestehende Schieflagen auszugleichen.

Welches persönliche Ziel würden Sie als Aktienforums-Präsidentin gern erreichen?

Das Schließen des Gender Investment Gaps – Frauen sind am Kapitalmarkt unterrepräsentiert, die Beteiligung muss ausgeglichener werden.



Angelika Sommer-Hemetsberger

Präsidentin
des Aktienforums

Foto: © OeKB David Sailer

Über uns

Die Interessenvertretung der börsennotierten Unternehmen und Plattform zur Förderung des österreichischen Kapitalmarkts

Das Aktienforum repräsentiert die Verantwortungsträger am Finanzplatz Österreich. Auf unsere Mitglieder entfallen drei Viertel der Marktkapitalisierung der Wiener Börse. Neben den börsennotierten Unternehmen sind Banken und Finanzdienstleister, Finanzberater und andere Interessenvertretungen, die sich für den Finanzplatz engagieren, Mitglieder.

Das Aktienforum vertritt seit 1989 deren Interessen sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene und ist Mitglied der European Association for Share Promotion (EASP).

Rückmeldungen senden Sie bitte an:
k.fuchs@aktienforum.org

Den „Kapitalmarkt“ finden Sie online unter: www.aktienforum.org

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Aktienforum – Österreichischer Verband für Aktien-Emittenten und -Investoren

Lothringerstraße 12, 1030 Wien

www.aktienforum.org

ZVR-Zahl: 376366751

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.
Grafikdesign: Harald Punz